

„Die Deutschen müssen endlich aufhören, uns bei der Atomkraft auf die Eier zu gehen“

Welt, 16.03.2023, Martina Meister

https://www.welt.de/politik/ausland/plus244308353/Frankreich-Die-Deutschen-muessen-endlich-aufhoeren-uns-bei-der-Atomkraft-auf-die-Eier-zu-gehen.html?sc_src=email_3991177&sc_lid=405604806&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=7314&sc_cid=3991177&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Macron hält an seinem neuen Mantra der „Renaissance der Atomkraft“ fest und will sein Land mit ihrer Hilfe klimaneutral machen. Deutschland wird dabei als Saboteur gesehen. Tatsächlich zeigt ein neues Gesetz, wie weit sich Berlin und Paris mittlerweile voneinander entfernt haben.

Präsident Emmanuel Macron meint es ernst mit der „Renaissance der Atomkraft“, die er vor einem Jahr angekündigt hat. Frankreich will 2035 nicht nur mit dem Bau von sogenannten Small Modular Reactors beginnen, geplant sind außerdem sechs neue Reaktoren vom Typ EPR2. Gleichzeitig will Paris die Laufzeit existierender Reaktoren um zehn Jahre verlängern. Im Élysée-Palast herrscht die Überzeugung vor, dass Frankreich bis 2035 nur dann klimaneutral sein kann, wenn es die Atomkraft nicht nur weiter nutzt, sondern ausbaut.

Wegen dieser Einstellung gerät Paris auf EU-Ebene regelmäßig mit Deutschland aneinander. Offiziell zeigt Paris Verständnis für den deutschen Atomausstieg. Hinter vorgehaltener Hand aber lässt man schon mal die Wut raus angesichts eines Nachbarn, der ständig blockiert. In Brüssel möchte die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Atomkraft zur unerwünschten Energieform deklariert wird. Doch dabei findet sich Deutschland in einer Parallelwelt wieder. Frankreich setzt voll auf nukleare Energieentwicklung.

Einer der Streitpunkte in Brüssel ist, ab wann Wasserstoff als „grün“ gilt. Frankreich will nämlich die Atomkraft für die Produktion nutzen, während der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nur jenen Wasserstoff für „grün“ hält, der mit erneuerbaren Energien produziert wurde. „Die Deutschen müssen endlich aufhören, uns bei der Atomkraft auf die Eier zu gehen“, zitiert der „Figaro“ einen französischen Minister kürzlich anonym.

Bei jeder Gelegenheit versuche Berlin, den Begriff „entkarbonisierte Energie“ durch den der „erneuerbaren Energien“ zu ersetzen, führt der Franzose aus. Für Habeck, so fügt der Minister hinzu, sei die Ablehnung der Atomkraft eine „Frage der Ontologie“.

Wie groß damit der Graben zwischen Paris und Berlin ist, zeigt ein neues „Gesetz zum beschleunigten Verfahren beim Bau von Atomanlagen“, das das französische Parlament diese Woche mit den Stimmen von Macrons Regierungspartei Renaissance, der konservativen Republikaner (LR) und auch des rechtskonservativen Rassemblement National (RN) verabschiedet hat. Damit hat die Regierung gesetzliche Hürden für den Bau neuer Atomkraftwerke aus dem Weg geschafft.

Damit hat Macron einen Paradigmenwechsel eingeläutet. Dem rein technischen Gesetzestext hat die Regierung eine politische Grundsatzentscheidung untergejubelt. Denn mit dem Turbo-Gesetz verabschiedet sich Frankreich nun von dem unter François Hollande beschlossenen Ziel, den Anteil der Atomkraft am französischen Energiemix von derzeit 70 auf 50 Prozent zu reduzieren.

Außerdem soll die unabhängige Sicherheitsagentur IRSN (Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire) in einer anderen Behörde aufgehen, der „Autorité de sûreté nucléaire“, kurz ASN. Dabei hatte die IRSN erst vor wenigen Tagen „schwerwiegende“ Risse in den Kühlrohren der beiden Reaktoren des Atomkraftwerks von Penly an der Kanalküste und von Cattenom 3 an der Mosel diagnostiziert. Es handele sich um „thermische Ermüdung“. Von einem Schaden „jenseits der Sicherheitsstandards“ sprach ein Mitarbeiter der Sicherheitsagentur IRSN.

Kritik bei Frankreichs Grünen und Linken

Die Zusammenlegung beider Behörden würde schlechtere Sicherheitsstandards zur Folge haben, fürchten Kritiker der Fusion. Bislang sorgte die eine Behörde, die abgeschafft werden soll, für unabhängige Gutachten. Der anderen oblag dann die Entscheidung, ob ein Reaktor ans Netz geht oder abgeschaltet werden muss.

Auf diese klare Trennung von unabhängiger Expertise und anschließender Entscheidung durch die gendarme du nucléaire, wie man ASN in Frankreich nennt, war man immer stolz gewesen. Macron schafft die Arbeitsteilung ab, indem er Diagnose und Entscheidung in eine Hand legt.

Beide Neuerungen stießen bei Grünen und Linken deshalb auf heftige Kritik. Beide Parteien sind in Frankreich deshalb gegen das Gesetz. Macron, der zwar die von den Sozialisten beschlossene Schließung des AKW Fessenheim umgesetzt hat, war selbst nie ein Atomkraftgegner. Aber wie seine Vorgänger hat er Investitionen in Atomforschung und -industrie in seiner ersten Amtszeit vernachlässigt.

Weil man in Frankreich nicht für Nachwuchs gesorgt und zu wenig Fachkräfte ausgebildet hat, erwies sich beispielsweise die Reparaturen der Reaktoren als äußerst langwierig. Zeitweise war deshalb die Hälfte der französischen Reaktoren abgeschaltet. Die technischen Probleme der AKWs nach der Pandemie und die europäische Energiekrise scheinen bei Macron wie ein Weckruf gewirkt zu haben: Als die Atomkraft am dringendsten gebraucht wurde, musste Frankreich seine Produktion drosseln und sogar Strom importieren.

Konservative Politiker haben wegen des historisch niedrigen Produktionsniveaus von 63 statt der üblichen 70 Prozent an der gesamten Stromgewinnung die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erwirkt. Dessen Aufgabe ist es nun, „Gründe des energiepolitischen Souveränitäts- und Unabhängigkeitsverlust Frankreichs“ aufzudecken.

„Die politischen Verantwortlichen, allen voran die Präsidenten Hollande und Macron, die sich seit einem Jahrzehnt einbildeten, wir kämen ohne Atomkraft aus, haben eine immense Verantwortung vor der Nation“, geißelte Oliver Marleix, Fraktionsvorsitzende der Konservativen, die Verfehlungen der Vergangenheit.

Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor. Doch bei den Befragungen gaben eine Reihe ehemaliger Umweltminister ein trauriges Bild ab. „Glücklicherweise schalten die Franzosen nicht massenweise das Parlamentsfernsehen ein“, bemerkt ironisch Sylvain Fort, Essayist und früherer Berater Macrons. „Sie würden dort Herzchirurgen sehen, die den betäubten Patienten mit einem Glas Ricard in der Hand operieren, während sie eine Fernsehübertragung vom Endspiel von Roland-Garros verfolgen“, so Fort. „Es gibt Regime, die für weniger als das gestürzt werden.“